

Juni 2006

No. 6/2006

Nachlese zu den Präsidentschaftswahlen: **Kolumbien nach dem Wahlsieg von Uribe**

von Bruno Rütsche

Am 28. Mai 2006 waren 26,7 Mio. KolumbianerInnen an die Urnen gerufen, um den neuen Präsidenten für eine vierjährige Amtszeit zu bestimmen. Alvaro Uribe Vélez wurde mit rund 62% der abgegebenen Stimmen höher als erwartet wieder gewählt. Die Linke - mit Carlos Gaviria als Präsidentschaftskandidaten - erreichte mit 22% ein historisches Glanzresultat. Was bedeutet der Ausgang dieser Wahlen für Kolumbien und seine Nachbarländer? Der Versuch einer Einschätzung.

Die Resultate

Von den 26'731'000 Wahlberechtigten gingen rund 45% an die Urnen. 7'363'000 Stimmen - gut 62% - entfielen auf Uribe, das sind 9% mehr, als Uribe bei seiner ersten Wahl im Jahr 2002 erreicht hatte. Damit konnte Uribe 1,5 Mio. Stimmen mehr als vor vier Jahren für sich gewinnen. Und trotzdem: Die 7,3 Mio. Stimmen für Uribe entsprechen nur etwas mehr als 27% des Wählerpotentials.

Carlos Gaviria, der Kandidat des linken *Polo Democrático Alternativo PDA*, erreichte rund 2,6 Mio. Stimmen, oder gut 22%. Dies ist ein historischer Sieg der Linken: Von 6% Wähleranteil im Jahre 2002 gelang ihr ein Sprung auf 22% im Jahr 2006. Damit wird der Polo zur wichtigsten oppositionellen Kraft in Kolumbien. In den beiden Departementen Nariño und Guajira gewann der Kandidat des PDA. Zudem konnte der Präsidentschaftskandidat Carlos Gaviria mehr Stimmen auf sich vereinen, als bei den Parlamentswahlen für die KandidatInnen des Polo abgegeben wurden. Im Kongress ist der Polo nur mit 10% vertreten.¹

Grosse und eindeutige Verliererin dieser Wahlen ist die traditionelle, einst sehr mächtige Liberale Partei. Der zum 3. Mal antretende Kandidat Horacio Serpa erreichte ganze 12% der Stimmen. Ein Ausweg der Partei aus der tiefen Krise ist damit in weite Ferne gerückt, ihre Zukunft ungewiss. Die Liberalen stehen vor der Wahl, im Uribismus aufzugehen - viele liberale Politiker sind Teil des Uribe-Lagers - oder sich dem Polo anzunähern und mit diesem zusammen eine starke Opposition gegen die übermächtige Uribe-Fraktion im Kongress zu bilden.

Was bei den Wahlen auf dem Spiel stand

Bei diesen Wahlen standen sich letztlich um zwei völlig unterschiedliche Gesellschafts-, Entwicklungs- und Wirtschaftsmodelle gegenüber. Uribe verkörpert die Kontinuität der immergleichen, alteingesessenen und der neureichen politischen Eliten, ihres gesellschaftlich autoritären und klientelistischen Modells. Der Uribismus ist das aktuelle Sammelbecken all dieser elitären und undemokratischen Kräfte. Diese vertreten ein neoliberales Wirtschaftsmodell und setzen gewaltsam und von oben herab ein Entwicklungsmodell durch, das ihnen kurzfristig enorme Gewinne sichert, das Land plündert und breite Massen in Elend und Armut stösst. Stichwort für dieses Modell ist das bilaterale Freihandelsabkommen mit den USA (TLC).

Demgegenüber stand Carlos Gaviria, der Kandidat des Polo, für eine tiefgreifende Demokratisierung des Landes, für den Aufbau und die Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit, für einen zivilisierten Dialog zwischen den politischen Kontrahenten, für sozialen Ausgleich, für ein Entwicklungsmodell zugunsten des Landes und der Armen, für Friedensverhandlungen und eine politische Lösung mit der Guerilla. Mit dem Polo und Gaviria an seiner Spitze ist in Kolumbien eine Linke entstanden, die ihre Politik nicht über den bewaffneten Kampf definiert.

¹Siehe auch Monatsbericht März 2006, Kolumbien von Uribitis befallen, www.kolumbien-aktuell.ch

Der Wahlkampf - Ausdruck dieser kontrastierenden Modelle

Entsprechend seinem autoritären Gesellschaftsmodell verweigerte Uribe jegliche öffentliche Diskussion mit dem politischen Gegner. Uribes Wahlkampf war von politischer Arroganz, Überheblichkeit und Autoritarismus geprägt. Gaviria kämpfte demgegenüber mit Argumenten, setzte auf transparente, demokratische Auseinandersetzung und verzichtete bewusst auf Polarisierungen.

Polarisierung - Diffamierung - Stigmatisierung

Uribe führte keinen Wahlkampf mit Argumenten, sondern mit haltlosen und gefährlichen Diffamierungen. So drohte er: *Das Land wird zwischen der Demokratischen Sicherheit als Weg zum Frieden wählen müssen oder sonst aufgeben, damit der verkleidete Kommunismus das Vaterland der FARC übergibt.*² Bei einem Auftritt an der Javeriana-Universität zog Uribe gegen die *kommunistische Professoren los, welche mit ihren Lehren vier Generationen von KolumbianerInnen den Händen der FARC auslieferten.*³ Jaime Gómez, Professor an der Javeriana-Universität, war am 21. März 06 auf seinem morgendlichen Jogging im Zentrum von Bogotá zum Verschwinden gebracht worden. Er war Berater der Senatorin und Wahlkampagnenleiterin von Horacio Serpa, Piedad Cordoba. Am 23. April wurde die völlig entstellte Leiche von Jaime Gómez gefunden. Alles weist auf ein politisch motiviertes Verbrechen hin. In jedem anderen Land hätte die Tatsache, dass ein Berater einer wichtigen oppositionellen Politikerin verschleppt und ermordet wurde, eine Krise ausgelöst. Nicht so in Kolumbien. Hier gingen auch nach dem Auffinden der sterblichen Überreste des Opfers die Angriffe auf die Familie weiter.⁴

Die Vorwahlphase war zudem von Einschüchterungen und Drohungen paramilitärischer Gruppierungen der *neuen Generation* gegen Menschenrechtsorganisationen geprägt. Dabei beriefen sich diese direkt auf Präsident Uribe: *Seit wir uns entschieden haben, die Politik der Demokratischen Sicherheit des Präsidenten Doktor Alvaro Uribe zu unterstützen, haben wir nichts anderes gemacht, als daran zu glauben, dass mit der harten Hand und der Anwendung von Gewalt die Feinde der authentischen Demokratie besiegt sind. (...) Verliert keine Zeit mit diesen weinerlichen Briefen, die ihr an unseren Präsidenten schickt. Er ist sehr damit beschäftigt, die wirklichen Probleme des Staates zu lösen. (...) Hoch die authentische staatliche Rebellion, die Demokratische Rechte! Es lebe Alvaro Uribe Vélez 2006 - 2010 und viele Jahr mehr! Kolumbien für immer frei von der Linken!*⁵ Präsident Uribe hat nie mit einem Wort auf diese Drohungen reagiert oder sich von ihnen distanziert.⁶

Mit in dieses Panorama der Einschüchterungen, Verleumdungen und Anschuldigungen gehören auch die Aussagen von Vizepräsident Santos *die Schweiz unterstütze NGO's, welche die FARC unterstützen.* Der Angriff galt *Brot für alle* und *Fastenopfer*, welche ihre diesjährige Kampagne unter das Motto *Wir glauben. Menschenrechte fordern Einsatz* stellten. Sie hatten mit Plakaten auf die Menschenrechtssituation in Kolumbien aufmerksam gemacht.⁷

Der Teflon - Effekt

Jede Kritik prallt an Uribe ab! Weder die Enthüllungen über Wahlfälschungen im Jahr 2002 noch die Verwicklung der höchsten Stellen des direkt dem Präsidenten unterstellten Geheimdienstes DAS mit dem Paramilitarismus konnten dem Image Uribes etwas anhaben. Auch der Vorfall im Dep. Valle, wo eine Militäreinheit zwölf Antidrogenpolizisten erschossen, wurde sofort als Versehen abgetan. Vieles weist darauf hin, dass die Militäreinheit auf Geheiss und zum Schutz eines Drogenbosses intervenierte. Auf Kritik - wie auf politische Argumente - wurde nicht eingegangen. Keine Diskussion - keine Debatte - Negieren und Vergessen.⁸

²Siehe Kolumbien-aktuell No. 429, 18. Mai 2006, www.kolumbien-aktuell.ch

³Ebd.

⁴Siehe der Bericht *Der vermeintliche Unfalltod eines kommunistischen Professors* in Kolumbien-aktuell No. 429

⁵Per e-mail eingegangene Drohung beim Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo mit Kopie an weitere Menschenrechtsorganisationen, 9. Mai 2006

⁶Das UNO-Menschenrechtsbüro in Bogotá drückte am 8. Juni in einer öffentlichen Erklärung die Besorgnis über die Zunahme von Drohungen gegen MenschenrechtsverteidigerInnen aus; www.hchr.org.co

⁷Siehe weitere Informationen dazu auf der homepage der ask, www.kolumbien-aktuell.ch

⁸ Im Wahlkampf wurde das Garantiesetz für die Opposition, welches eine Gleichbehandlung der Kandidaten während ihrer Kampagne durch die Medien garantieren sollte, massiv verletzt. So betrug der Sendeanteil von Uribe im wichtigsten TV-Sender des Landes (RCN) 76,2% der Zeit, während jene der anderen Kandidaten nur zwischen 7,7% und 5% ausmachte.

Ein ruhiger Wahltag

Der Wahltag verlief insgesamt sehr ruhig. Die FARC hatte angekündigt, dass sie den Wahlgang nicht sabotieren werde. Sie scheint sich an ihr Wort gehalten zu haben. Allerdings wurden in verschiedenen ländlichen Gebieten, die unter Einfluss der Guerilla stehen, aus Sicherheitsgründen keine Wahllokale eingerichtet. Dadurch mussten Wahlwillige in den nahen Kleinstädten - die nicht selten von Paramilitärs kontrolliert sind - ihre Stimme abgeben. Dies werden sie - auch aus Sicherheitsgründen - in den meisten Fällen unterlassen haben.

Was kommt nach diesem Wahlsieg Uribes?

Wir haben heute eine *Neue Rechte*, verkörpert im Uribismo, welche ein eigenes, langfristiges Projekt verfolgt, welches in der Vision 2019⁹ seinen Ausdruck findet. Diese Rechte will sich für länger an der Macht festsetzen. Uribe äusserte dies deutlich in seiner Rede nach dem Wahlsieg. Und wir haben eine neue, demokratische Linke, welche die wichtigste oppositionelle Kraft ist.

Die Pfeiler dieser Neuen Rechten sind:

Demokratische Sicherheit. Die Probleme werden mit Gewalt gelöst: Mehr Armee, Polizei, Informantennetze, Belohnungen für Denunzianten, hohe Strafen, mehr Gefängnisse. Ein guter Regierender ist, wer seine Kraft und Autorität zeigt. *Gewalt zählt mehr als Weisheit*, ist das Motto. *Besser bewaffnet, als unbewaffnet*, prägt das Zusammenleben. *Was zählt, sind die Resultate*, ist die momentane Ethik. Die dominante Logik könnte wie folgt zusammen gefasst werden: Mehr Sicherheit bringt mehr Vertrauen; mehr Vertrauen führt zu höheren Investitionen; höhere Investitionen schaffen Arbeitsplätze und Wohlstand. Der Autoritarismus, die harte Hand, hat gesiegt. Ein omnipräsenter, arbeitswütiger, kampfbereiter Präsident löst sämtliche Probleme des Landes.

Freihandel. Der Unternehmer wird zum Protagonisten der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Regierung schafft dazu die besten Rahmenbedingungen und gewährt dem Freihandel und der ausländischen Investition beste Bedingungen und Schutz. Die offiziellen Statistiken¹⁰ werden nicht müde, den wirtschaftlichen Aufschwung, die sinkende Arbeitslosigkeit, die Vorteile des bilateralen Freihandelsabkommens mit den USA (TLC), das anhaltende Wirtschaftswachstum, die gestiegenen Investitionen ausländischer Unternehmen, die geplanten Megainfrastrukturprojekte, die Verringerung der Armut und den Aufbau einer neuen agroindustriellen Exportindustrie (z.B. Ölpalme) in allen Tönen zu loben. Diese Prinzipien der Entwicklung sind unhinterfragbar, unantastbar und stehen nicht zur Diskussion. Die *demokratische Sicherheit* schafft die Voraussetzungen, auf dem dieses neoliberale Dogma des schrankenlosen *Freihandels* umgesetzt werden kann - und gemeinsam bringt dieses Paar *Wohlstand*. - Wer diese Entwicklungsziele nicht teilt, wer andere Vorstellungen über die Zukunft und den Weg der Entwicklung hat, den Kolumbiern gehen sollte - so z.B. die Indigenas oder die AfrokolumbianerInnen - , wer sich gegen den Freihandel und das bereits unterzeichnete, aber noch vom Kongress zu bestätigende bilaterale Freihandelsabkommen mit den USA wehrt, wird als Gegner des Fortschritts und als Feind des Landes betrachtet und erfährt dementsprechend die *Harte Hand*.

Das gewaltsame Vorgehen gegen den Protest der Indigenas gegen das TLC und die Wiederwahl Uribes - bei dem es Tote und unzählige Verletzte gab - zeigt auf, was die sozialen Organisationen unter Uribe erwartet. Die kommenden vier Jahre Uribe werden von den Auseinandersetzungen zwischen Uribe und den sozialen Organisationen geprägt sein. Die Ereignisse im Cauca sind dafür ein bitterer Vorgeschmack.¹¹

Die Gemeinschaftsräte als Regierungsform.¹² Volksnähe, Sympathie, Freundlichkeit, Transparenz, Effizienz, Direktheit der dem Volk verpflichteten Regierung. Dies wird durch die Gemeinschaftsräte vermittelt. Eine

⁹Im Jahr 2019 wird der 200. Jahrestag der Unabhängigkeit Kolumbiens gefeiert. Die Regierung Uribe hat ein Strategiepapier unter der Bezeichnung Vision 2019 entwickelt, worin die politischen Ziele und die Entwicklungsziele Kolumbiens aus ihrer Sicht aufgeführt werden. Siehe auch Kolumbien-aktuell No. 413, 18. August 2005

¹⁰Zur Erinnerung: Der Direktor des staatlichen statistischen Amtes DANE wurde von Uribe entlassen, weil er sich geweigert hatte, Zahlen zu beschönigen, sprich zu fälschen.

¹¹Siehe Kolumbien-aktuell No. 430, 2. Juni 2006

¹²Uribe hat seit Beginn seiner Regierungszeit sog. Gemeinschaftsräte abgehalten. Dabei trifft sich der Präsident in kleinen und grösseren Orten direkt mit der Bevölkerung (allerdings wird diese handverlesen ausgewählt), hört sich deren Sorgen und Nöte an und löst diese direkt vor Ort durch seine Intervention. Er übergeht und missachtet dabei jegliche staatlichen oder rechtlichen Strukturen.

neue Form des Regierens, eine neue Form des Staates - konzentriert auf der alleinigen Figur des Präsidenten - wird hier Mal für Mal zelebriert. In diesem Staat gibt es keine Korruption, keinen Klientelismus, keine Bürokratie. Der Präsident hat alles unter seiner strengen, väterlich-gütigen Kontrolle. Er arbeitet unermüdlich, opfert sich für das Land auf. Uribe unterhöhlt permanent und gezielt sämtliche rechtsstaatlichen Strukturen und Institutionen.¹³ In dieser zweiten Amtszeit wird die Rückbuchstabierung der Erfolge der Verfassung von 1991 - u.a. Individuelle Verfassungsbeschwerde, Verfassungsgericht, Ombudsstellen, Menschenrechtsverantwortliche - mit zu den wichtigsten Zielen Uribes gehören.

Ein Friedensprozess nicht mit Worten, sondern mit Taten. Über 36'000 Paramilitärs haben sich - nach offiziellen Angaben - demobilisiert.¹⁴ Diesen Reumütigen steht das *Grosse Herz* weit offen und die Gesellschaft wird eindringlich ermahnt, diese Täter als *Wohl-Täter* aufzunehmen, als bewundernswerte Konstrukteure eines freien Landes, als Retter des Vaterlandes vor den Klauen des Kommunismus und der Guerilla. Das Land schuldet ihnen Dankbarkeit. Gleichzeitig entstehen paramilitärische Verbände der *neuen Generation*. - Die Ungereimtheiten dieses vermeintlichen Friedensprozesses sind immer offensichtlicher. Das Land lädt sich mit dieser Fars eine unermessliche Hypothek auf.

Die Allianz mit den USA. Kolumbien ist der engste Verbündete der USA und trägt deren Politik des Kampfes gegen Terror und Drogen uneingeschränkt mit.¹⁵ Kolumbien ist in der veränderten politischen Landschaft Südamerikas ein wichtiger strategischer Vorposten der USA. Trotz des offensichtlichen Scheiterns der Drogenbekämpfung - die USA haben dafür seit dem Jahr 2000 gegen 6 Mia. US-Dollar Militärhilfe an Kolumbien bereit gestellt - wird diese im Schatten der Weltöffentlichkeit mit aller Härte weiter geführt. Die Beziehungen Kolumbiens zu seinem wichtigsten Nachbarland Venezuela - nach den USA der wichtigste Handelspartner - sind nach dem Austritt Chávez aus der Andengemeinschaft CAN und verschiedenen Zwischenfällen sehr gespannt. Uribe steht - zusammen mit dem neu gewählten peruanischen Präsidenten García - quer zu den Aufbrüchen in den südamerikanischen Nachbarländern. Diese Allianz mit den USA setzt der Politik der Europäischen Union EU gegenüber Kolumbien enge Grenzen. Es scheint, dass sich in der EU immer mehr ein *Hofieren* gegenüber Uribe durchsetzt, um nicht ganz ins Hintertreffen zu kommen. Die Kritik der EU an seiner Regierungsführung und vor allem an der nach wie vor dramatischen Menschenrechtssituation wird zusehends leiser.

Der Polo: Eine grosse Hoffnung mit enormen Herausforderungen

Der Polo - und allen voran sein Präsidentschaftskandidat Gaviria - hat im Wahlkampf eindrücklich gezeigt, dass er für ein grundlegend anderes Gesellschafts-, Wirtschafts- und Entwicklungsmodell steht. Und er hat vor allem gezeigt, dass er allein auf die demokratische, zivilisierte, politische Auseinandersetzung mit Argumenten setzt. Der soziale Rechtsstaat ist für den Polo absolute Maxime. Damit hat der Polo bei vielen grosse Hoffnungen freigesetzt. Es ist möglich, dass es dem Polo gelingen könnte, viele traditionelle und bisher überzeugte Nichtwählende von der Notwendigkeit des Gebrauchs des Wahlrechtes zu überzeugen, weil mit dem Polo eine wirkliche Alternative entsteht.

Der Polo steht aufgrund seines wichtigen Triumphes vor der Aufgabe, ein klares, langfristiges politisch-ideologisches Projekt zu entwerfen. Dabei kann und muss der Polo die breiten Erfahrungen der Basis-, Menschenrechts-, Friedens-, Frauen-, Afro- und Indigenabewegungen miteinbeziehen. Er muss ein transparentes politisches Profil entwickeln, das sich nicht nach dem jeweiligen Wind dreht. Das nächste Ziel sind die Departements- und Gemeindewahlen im Jahr 2007 und dann die Präsidentschaft im Jahr 2010.

Eine besorgniserregende Frage ist, ob diese neue linke Kraft toleriert oder ob sie wie die Union Patriótica UP physisch liquidiert wird. Die Frage ist auch, welchen Spielraum der Polo - auch in den Regionen, wo die

¹³Im Kommentar der NZZ zu den Wahlen wurde dies äusserst treffend auf den Punkt gebracht: *Uribes Stärken sind gleichzeitig seine Schwächen: autoritäres und paternalistisches Gebaren, der direkte Draht zum Volk und eine Neigung, sich unter Umgehung aller Hierarchien und staatlicher Strukturen in Dinge einzumischen, die in die Kompetenz anderer fallen. (...) Uribe stellt sich damit in die beste - oder in die schlechteste - Tradition des lateinamerikanischen Populismus. Ein starker Präsident ist nicht gleichbedeutend mit einem starken Staat.* NZZ, Dienstag, 30. Mai 2006

¹⁴Die Regierung hat es bis jetzt nicht für nötig erachtet, diese Zahl zu kommentieren, sondern weist sie als uneingeschränkten Erfolg aus. Vor der Demobilisierung sprach die Regierung von rund 12'000 Paramilitärs, jetzt sind es dreimal mehr.

¹⁵Kolumbien ist von den USA eingeladen worden, Mitglied der NATO zu werden. Kolumbien-aktuell No. 430, 2. Juni 06

paramilitärische Kontrolle nach wie vor intakt ist - zur Politikausübung hat. Die zunehmenden Drohungen verheissen nichts Gutes. Die internationale Gemeinschaft hat Uribe zu seinem Sieg gratuliert - sie hat aber auch die Aufgabe und die Pflicht, einen zweiten politischen Genozid zu verhindern. Kann dem Polo ein Spielraum für die politisch-demokratische Debatte gewährleistet werden, dann wächst in Kolumbien endlich eine Hoffnung heran, dass die Grundprobleme des Landes politisch und rechtsstaatlich angegangen werden.